

**Zeitschrift:** Freidenker [1956-2007]  
**Herausgeber:** Freidenker-Vereinigung der Schweiz  
**Band:** 60 (1977)  
**Heft:** 10

## **Inhaltsverzeichnis**

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 03.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Freidenker

Monatsschrift der Freidenker-Vereinigung der Schweiz

Nr. 10 66. Jahrgang

Aarau, Oktober 1977

Sie lesen in dieser Nummer...

Paulus — Der Stifter des Christentums

Ist die menschliche Seele unsterblich?

Frauenrecht

Ein Aertekongress über den  
Tabakmissbrauch

465

## Vernehmlassung

### zur Volksinitiative für Trennung von Staat und Kirche

Sehr geehrter Herr Bundesrat,  
sehr geehrte Herren,  
wir danken Ihnen für Ihre Einladung  
vom 31. März 1977 zur Vernehmlassung  
und nehmen zur Initiative wie  
folgt Stellung:

#### Ihre Frage 1

Die vorliegende Initiative bezweckt  
vor allem die Abschaffung der be-  
stimmten Glaubensgemeinschaften  
von den Kantonen eingeräumten Pri-  
vilgien. Da diese Bevorzugung zu  
den Grundideen der schweizerischen  
Rechts- und Sozialordnung eh und je  
in Widerspruch stand, beantragen  
wir **Zustimmung** zur Initiative.

#### Begründung

Es ist unbestritten, dass die in der  
grossen Mehrzahl der Kantone als  
Personen des öffentlichen Rechts an-  
erkannten Landeskirchen gegenüber  
anderen religiösen Körperschaften  
bzw. Weltanschauungsgruppen mas-  
siv privilegiert sind. Die Art dieser  
Privilegien, deren Kombination in den  
einzelnen Kantonen variieren mag, ist  
bekannt. Die Landeskirchen geniessen  
Steuer- und Gebührenfreiheit, sie  
üben Steuerhoheit aus und erhalten  
zum Teil noch aus allgemeinen Staats-  
mitteln erhebliche Zuwendungen sei-  
tens des jeweiligen Kantons.

Unbestritten ist auch, dass jedes Pri-  
vilieg grundsätzlich eine Rechtsun-  
gleichheit beinhaltet. Es gehört zum  
Wesen eines demokratischen Rechts-  
staates, dass er — zum Unterschied  
von einem Feudalstaat — jede Rechts-  
ungleichheit strikte vermeidet. Ver-  
schiedene Behandlung zweier Sachen  
ist nur zulässig, wenn sie ihrer Natur  
nach so verschieden sind, dass eine  
unterschiedliche Behandlung sachlich  
geboten ist.

Nun wird aber niemand behaupten  
wollen, dass sich die religiösen Be-  
dürfnisse konfessioneller Minderhei-  
ten grundsätzlich von jenen der aner-  
kannten Landeskirchen unterschei-  
den. Die Ausübung jedweder Religion  
ist — ungeachtet ihres intellektuellen  
Ueberbaus — eine Funktion der See-  
le oder (wie der Tiefenpsychologe C.  
G. Jung sagen würde) des kollektiven  
Unbewussten. Obwohl sich jede der  
bestehenden Religionen und Konfes-  
sionen als alleinige Trägerin der Wahr-  
heit versteht und bezeichnet, steht  
doch kein objektives Beweisverfahren  
zur Verfügung, das den Wahrheitsan-  
spruch der einen Glaubensrichtung  
gegenüber demjenigen anderer Be-  
kenntnisgemeinschaften bzw. Weltan-  
schauungsgruppen erhärten könnte.  
Aufgrund dieser Ueberlegungen ergibt  
sich zwingend, dass sich die Zuerken-  
nung eines öffentlich-rechtlichen Sta-

tus an die evangelisch-reformierte, die  
römisch-katholische und zum Teil  
auch an die christkatholische Kirche  
von der Sache her nicht begründen  
lässt und damit willkürlich ist. Das Ar-  
gument, die unterschiedliche Behand-  
lung lasse sich aus historischen Grün-  
den rechtfertigen, war unseres Erach-  
tens zu keiner Zeit zutreffend; es lässt  
sich aber erst recht nach den tiefgrei-  
fenden sozialen Veränderungen seit  
1874 unter keinem Titel mehr aufrecht  
erhalten.

Wie auch das Bundesgericht in der  
Begründung zu seinem Entscheid vom  
6. 10. 1976 (BGE 102 Ia 468 ff.) fest-  
stellte, hat sich das Verständnis der  
Kirchen im Lauf der Zeit gewandelt.  
In der Urteilsbegründung im erwähn-  
ten Fall findet sich folgende höchst-  
richterliche Erwägung: «Die anerkan-  
nten Landeskirchen, beziehungsweise  
ihre Kirchengemeinden werden wohl  
heute in weiten Kreisen der Bevölke-  
rung nicht mehr als Träger öffentli-  
cher Aufgaben und hoheitlicher Be-  
fugnisse betrachtet, die in ihrem Be-  
reich den politischen Gemeinden  
gleichzustellen wären, sondern eher  
als den privatrechtlichen Personen-  
verbänden ähnliche Körperschaften  
auf rein personeller Grundlage.»

Wenn nun das Bundesgericht erklärt,  
dass diese Aenderung des Verständ-  
nisses der Kirchen im schweizeri-  
schen Verfassungsrecht bis jetzt kei-  
nen Niederschlag gefunden habe, so  
ist darauf zu antworten, dass es heute  
ja gerade darum geht, die Verfassung  
diesen Realitäten anzupassen, was  
das Bundesgericht sinngemäss in sei-  
ner Entscheidung auch anregt. Im üb-